

# Auf Seite der Griechen

Linke will Beschäftigte schützen und Reiche bezahlen lassen

**Internationale Musik, Beiträge zur Eurokrise und Palästina: So feierte die Linke am Samstag bei Quiche und Wein ein Herbstfest im Schlatterhaus. „Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen“, forderte Heike Hänsel.**

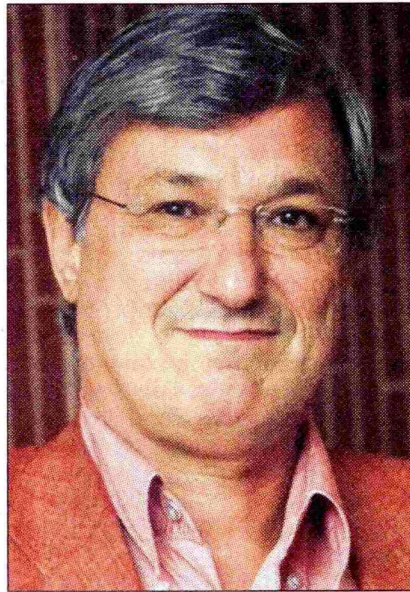
RENATE ANGSTMANN-KOCH

**Tübingen.** Die Tübinger Bundestagsabgeordnete rief am Samstag im Anschluss an einen „friedenspolitischen Ratschlag“ zu internationaler Solidarität auf. Heike Hänsel kritisierte, dass in der Diskussion über Griechenland-Hilfen weder an die Massaker der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg noch daran erinnert werde, welchen Beitrag griechische Gastarbeiter „oft zu schlechtesten Bedingungen“ zum wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands leisteten.

Dagmar Dümchen de Linares, die in Heidelberg geboren wurde und in Bolivien lebt, brachte mit ihrer Gitarre Stimmung in den großen Saal des Schlatterhauses. Außerdem spielte das South American Ensemble mit der Brasilianerin Cida, später machten Henning Zierock und Nikos Kalantidis griechische Musik.

Der in Israel geborene Sami Nassif stellte einen Zusammenhang zwischen dem arabischen Frühling und den Massendemonstrationen in Israel her. „Der Wunsch nach Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ist ansteckend“, sagte Nassif. Er könne nicht nachvollziehen, „dass Israel eine Politik betreibt, die das Land nur unsicher macht“, sagte er. Israel müsse sich als sechststärkste Militärmacht Frieden leisten: „Die Zeit ist reif für eine neue Politik.“

Hauptredner war Bernd Riexinger, Landessprecher der Linken aus Stuttgart. Er bedauerte, dass es keine europäische Bewegung gegen den Libyen-Krieg gab. Der Aufstand sei legitim, doch keine ausländische Regierung habe das Recht, „mit 23 000 Bombardierungen und 50 000 Toten in den Bürgerkrieg in einem Land einzugreifen“. Die Linke wolle kein Europa der Kriege, sondern der friedlichen Abrüstung. Diese Position müsse „klar und eindeutig ins Grundsatzprogramm“, das sich die Partei Ende Oktober geben will.



„Es besteht kein Konflikt zwischen Deutschen und Griechen, sondern zwischen unten und oben“, sagt Linken-Sprecher Bernd Riexinger. Bild: Groebe

Die Märkte müssten gezähmt werden, forderte Riexinger. Sie dürften nie über den sozialen Interessen der Bevölkerung stehen. Weltweit würden die Menschen für das Casino der Finanzwelt in Haftung genommen. So in Griechenland. Obwohl die Staaten 200 Billionen Euro für die Bankenrettung aufbringen mussten, davon allein Deutschland 300 Milliarden Euro, werde kein Zusammenhang mit der Euro-Schuldenkrise hergestellt – „ein gigantisches ideologisches Schauspiel“.

## Niedrigsteuern und Dumpinglöhne

Nicht die Busfahrer, kleinen Beamten und Rentner hätten in Griechenland über ihre Verhältnisse gelebt, sondern die Banken, die Vermögenden und die Reichen. Auch in Deutschland hätten die Arbeitnehmer in den vergangenen zwei Jahrzehnten keinesfalls über, sondern unter den Möglichkeiten leben müssen. In der Staatsschuldenkrise wälze „die herrschende Klasse auf schamlose Weise die Kosten auf die Bevölkerung ab“ und schaffe gleichzeitig die Fundamente für die nächste Krise. „Es ist unfassbar, als ob eine ganze Gesellschaft nichts aus ihrer

jüngsten Geschichte gelernt hat“, empörte sich Riexinger. Nach der Bankenrettung 2008 sei die Regulierung des Finanzmarkts unterblieben. Statt die Finanzakrobaten der Banken „an die Kette zu legen“, sehe die Politik in ganz Europa ihre Aufgabe darin, sich ihnen unterzuordnen. Die Linke trete für die Vergesellschaftung der Banken und ihre öffentliche Kontrolle ein, um sie auf ihre „eigentlichen Aufgaben zurückzudrängen, damit sie nicht länger „ganze Gesellschaften an den Rand des Ruins bringen“, sagte Riexinger.

Die Europäische Union und der Euro seien in ihrer heutigen Form eine Fehlkonstruktion. Bei der Gründung der Währungsunion seien Stabilitätskriterien und Defizit-Obergrenzen festgelegt worden – doch weder Mindestlöhne noch soziale Standards. So habe sich „die nackte Konkurrenz der Löhne und Steuersysteme“ durchgesetzt. „Die einheitliche Währung nutzt den Starken und schadet den Schwachen“, sagte Riexinger. „Deutschland hat unendlich profitiert.“

Wenn es keine wirtschaftliche und soziale Angleichung gebe, drifteten die Verhältnisse in den europäischen Ländern zulasten der Bevölkerung weiter auseinander. Das Lohndumping in Deutschland sei für die wirtschaftliche Schwäche der anderen Länder „in hohem Maß verantwortlich“. Denn die Exportüberschüsse der einen seien die Defizite der anderen, die nur vor der Wahl stünden, sich zu verschulden „oder einen sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu führen“ wie jetzt in Griechenland.

Riexingers Fazit: „Die Löhne müssen in Deutschland deutlich steigen, wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn.“ Griechenland dürfe nicht auf Kosten der Menschen kaputtgespart werden. Dort und in Deutschland müssten „die zur Kasse gebeten werden, die jahrzehntelang profitierten“. Einer drohenden nationalistischen Entwicklung müsse man internationale Solidarität entgegensetzen: „Wir brauchen eine soziale linke Perspektive für ganz Europa“, forderte Riexinger. Seine Partei stehe auf Seiten der „Griechen, die einen Generalstreik machen, und ebenso auf der Seite der Spanier und Italiener“.